Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Renhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.80 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Durch Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Alle Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

No. 183 — Dienstag, den 10. August 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Frist zur Abgabe der ersten Steuererklärung für Luxussteuer und erhöhte Umsatzsteuer ist allgemein bis zum 1. September verlängert worden.

*

Die Morningpost meldet, daß die Gesamtschulden der deutschen Luftangriffe auf London und England von der englischen Wiedergutmachungskommission auf 4½ Milliarden Schilling festgesetzt worden sind.

*

Wie die Agence Havas mitteilt, dementierte die persische Gesandtschaft in Paris die Konstantinopeler Meldung, daß der Schah von Persien abgedankt habe.

*

Nach einer Meldung ist Marschall Foch noch immer der Ansicht, Polen sei noch weit entfernt von einer Niederlage, und es könne durch eine rasche Reorganisierung seiner Heere seine Grenzen mit Erfolg verteidigen.

Entspannung der europäischen Lage

Die Auffassung in Berlin.

Aus Berliner Regierungskreisen hört man, daß seit Sonntag abend die europäische Gesamtlage als befriedigend betrachtet wird. Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen werden voraussichtlich in London oder mindestens von London aus geleitet werden. Lloyd George hat den Ehrgeiz, als Retter der Welt zu fungieren, einen neuen Weltkrieg unbedingt zu verhindern und mit Rußland sich nicht zu verfeinden. Er ist ein Gegner eines gewaltsamen Eingriffes gegen Rußland und wird in diesem Sinne auch bei allen Verhandlungen mit Staatsmännern der Entente handeln. Rußlands Doppelspiel traut man nicht recht, will aber auf jeden Fall mit Rußland friedlich verhandeln und sich keine diplomatische Niederlage bei dem schlauen Lenin holen. Sobald Warschau gefallen, dürfte die Entente mit Rußland schnell ins Reine kommen und auch die schützende Hand über Polen nicht zurückziehen. England will anscheinend den Bolschewismus an den Grenzen Polens eindämmen und scheint bereit zu sein, auf Kosten Polens Landkonzessionen an Rußland zu machen, um die bolschewistische Gefahr von Westeuropa fernzuhalten. Nach Mitteilungen, die in Berlin eingegangen sind, sieht Frankreich seine Hauptaufgabe darin, Deutschland und Rußland dauernd getrennt zu halten und Polen als Pufferstaat nicht eingehen zu lassen. Frankreich will gemeinsame Grenzen zwischen Deutschland und Rußland nicht zulassen. Im übrigen müssen die Ergebnisse der Besprechungen in Hythe abgewartet werden. Deutschlands diplomatische Lage wird im Auswärtigen Amt für ausgezeichnet gehalten, man werde alle Entscheidungen rein sachlich treffen. Deutschland wird auf eine Zuziehung bei der Lösung der Ostfragen bestehen und hofft auf Erfüllung dieses Wunsches.

*

Die neuesten Depeschen bestätigen den in vorstehendem Telegramm wiedergegebenen Eindruck, daß die Lage wesentlich entspannt ist. Ueberraschend ist es, daß die russischen Vorschläge trotz der anscheinend guten militärischen Lage der Sowjetregierung so weit gehen, wie es der Fall zu sein scheint. Immerhin wird man Näheres noch abwarten müssen. Bei den Friedensverhandlungen wird zweifellos die Politik Rußlands gegenüber den Randstaaten eine wichtige Rolle spielen, ebenso die Frage, wie die ethnographische Grenze Polens verläuft. Rußland dürfte als Friedensbedingung durchzusetzen versuchen, daß die Randstaaten und möglicherweise auch Polen wieder in Abhängigkeit von Rußland kommen. Dann wäre das Ziel, ein großes russisches Reich wiederherzustellen, seiner Erfüllung näher und Englands Wunsch nach einer Zerstückelung Rußlands zum Scheitern gebracht. Vom Ausgang der Friedensverhandlungen hängt zweifellos auch für Deutschland viel ab, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sich weder England noch Rußland von unseren, sondern einzig und allein von ihren eigenen Interessen leiten lassen werden.

Weitgehende Vorschläge Rußlands.

Wie die Pariser Ausgabe der Daily Mail aus London berichtet, glaubt man dort zu wissen, daß Kamenew folgende Vorschläge gemacht hat, die der Beratung in der Konferenz von Hythe unterlagen:

1. Angebot der Sowjets, die Schulden der zaristischen Regierung bei Frankreich anzuerkennen;
2. Annahme der Konferenz von London zwischen Rußland und den Verbündeten.
3. Rückzug der roten Armee auf die ethnographischen Grenzen Polens;
4. Amnestie für General Wrangel und seine Truppen unter der Bedingung, daß sie Rußland verlassen.

Das Fiasko der Polenhilfe.

Nach einer Meldung des Journal des Debats hat die englische Regierung vorgeschlagen, daß die Alliierten darauf verzichten, sich in die russisch-polnischen Friedensverhandlungen einzumischen. Polen werde keine Freiwilligen mehr ausheben und die alliierten Militärmissionen würden nicht mehr interveniert. Auch würde kein Kriegsmaterial mehr nach Polen gesandt und die beiden Heere würden in ihren jetzigen Stellungen bleiben. Das sei in großen Zügen der Plan, der nach Moskau übermittelt worden sei und auf den Lloyd George gestern vormittag eine Antwort zu erhalten hoffte.

*

Das russische Vordringen.

Der polnische Widerstand scheint am Nordflügel endgültig gebrochen zu sein. Die Russen haben Przasnysz besetzt. Diese Ortschaft liegt am Stützpunkt dreier großer Straßen und hätte, da das Vorgelände keine Deckung für den Angreifer bietet, von einigen geschickt eingebauten Maschinengewehr-Nestern gehalten werden können. Der russische Vormarsch geht südwestlich von Ziechanow. Mit der Einnahme dieser Ortschaft wird die wichtige Verbindung Warschau—Mlawa in der Mitte durchschnitten und nördlich die Umgehung Warschaus vollendet. Auch auf der Straße Przasnysz-Mlawa ist vorgehende russische Kavallerie gemeldet. Die polnischen Kräfte, die bei Grudusk halten, können von Chorzellen aus, das bereits besetzt ist, mit einer nördlichen Ueberflügelung leicht umgangen werden.

Verteidigung bis zum Aeußersten.

Eine Warschauer Notabelndelegation besuchte den Staatschef Pilsudski, der erklärte, Warschau werde sich bis zum Aeußersten verteidigen. Gegen die Deserteure und militärischen Feiglinge wird scharf vorgegangen. Gestern wurden 5 Soldaten wegen dieser Verbrechen hingerichtet.

Ein Notruf ans polnische Volk.

Nach einer Brüsseler Meldung hat der polnische Ministerpräsident eine Proklamation an das polnische Volk gerichtet, worin er schreibt: Die Regierung der nationalen Verteidigung, die Regierung der Bauern und Arbeiter ruft die gesamte Nation auf zur Verteidigung der Freiheit. Die Regierung sei bereit, alle Bürgschaften zu geben, welche mit der Ehre der Nation, die kein fremdes Gebiet begehre, in Einklang zu bringen sind. Der bolschewistische Einfall sei eine Gewalttat, die den Missetaten der Despoten des 18. Jahrhunderts gleiche, welche Polen zerstückelt haben.

Eine englische Mahnung an Oberschlesien.

Der namhafte englische Politiker Darwin beschäftigte sich jüngst in seinem Sonntagsblatt Ouswreer mit der polnischen Frage und kommt dabei zu folgendem wichtigen Ergebnis: Angespornt durch die französische militärische Schule, deren Theorien über Mitteleuropa phantastisch weit von aller Wirklichkeit entfernt sind, fürchten die Polen durch ihre selbstmörderischen Abenteuer gegen alle ihre Nachbarn das Chaos, das wir vor uns sehen. Im Norden haben die Litauer ihren Sonderfrieden mit Rußland geschlossen und Wilna wiedergewonnen. Im Frieden mit Tschechien müssen seine Kohlenfelder zum Teil der Tschecho-Slowakei überlassen werden, und wenn Oberschlesien, das niemals einen Teil des historischen Gebietes von Polen ausmachte, das dagegen ein unentbehrliches Gebiet für Deutschland ist, den Deutschen nicht überlassen wird, dann wird es keinen dauernden Frieden mit Mitteleuropa und keine dauernde Sicherheit für Polen geben.

Wenn die Deutschen halten, was sie in Spa versprochen haben, werden wir eine gute Strecke Weges aus dem Chaos herauskommen. Aber eins darf man nicht übersehen: keine deutsche Regierung kann bestimmte Pläne machen und feste Versprechungen abgeben, ehe sie weiß, ob sie die für Deutschland lebenswichtige Provinz Oberschlesien erhält oder verliert. In seiner Bedeutung für ganz Europa ist Oberschlesien im Jahre 1920 genau dasselbe, was Elsaß-Lothringen 1870 war, und es würde ein genau so großer Fehler sein, Deutschland Oberschlesien wegzunehmen, wie es damals ein Fehler war, Elsaß-Lothringen Frankreich zunehmen. Zum Glück sieht es jetzt so aus, als ob die kommende Abstimmung das Land für Deutschland retten könnte. Anfänglich hofften die Polen, 80 vom Hundert der Stimmen zu erhalten. Das ist jetzt nach dem Urteil aller Kundigen ausgeschlossen. Oberschlesien ist eine wohlorganisierte Industrieprovinz. Ihr Uebergang zu einem ganz unfertigen Staatswesen würde sie ganz aus dem Gefüge bringen. Die polnischen Bergleute und Hüttenarbeiter wollen die Vorteile der deutschen sozialen Gesetzgebung nicht verlieren. Schließlich hat die Politik Warschaus zahlreiche Polen in allen strittigen Gebieten vor den Kopf gestoßen. Wenn die Volksabstimmung Oberschlesien bei Deutschland beläßt, so darf man auf Ordnung und Beruhigung hoffen, und die künftigen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und den Verbündeten werden sich auf einer weit solideren Grundlage abwickeln können. — (Diese Bemerkungen des bekannten Publizisten treffen den Nagel auf den Kopf. Wir haben ihnen nichts hinzuzufügen, als daß wir die Hoffnung aussprechen, daß ihnen nicht nur unsere Polenfreunde Beachtung schenken möchten, sondern daß auch die Oberschlesier, die ihren Blick auf die Engländer richten sich zu Gemüte führen, was ihnen ein Engländer darüber sagt, wo die gesicherte Zukunft Oberschlesiens begründet liegt.

*

Verstärkung der oberschlesischen Besatzungstruppen.

Pariser Blätter melden, daß die französische Besatzung für Oberschlesien um das Doppelte vermehrt werden soll. Die Truppentransporte für Oberschlesien sollen Anfang nächster Woche abgehen. Der Temps meldet, die deutsche Regierung sei von dieser neuen Ablösung bzw. Verstärkung schon am Donnerstag unterrichtet worden. (Wenn im gegenwärtigen Augenblick des polnischen Zusammenbruchs und nach den mehrfachen deutschen Bitten um Verminderung der unerträglichen Besatzungskosten Frankreich eine derartige Verstärkung der Besatzungstruppen vornimmt, muß dies das größte Befremden in Deutschland erregen.)

Ein zäher Kampf im Saargebiet.

Der große Streik im Saargebiet.

Obwohl die telephonische, telegraphische und Postverbindung mit dem Saargebiet seit mehreren Tagen vollkommen unterbrochen ist, gibt die Frankfurter Zeitung folgende Darstellung aus dem Saargebiet: Die Lage hat sich wesentlich verschärft. Infolge des Beamtenstreiks, dem sich auch einige Arbeiterorganisationen angeschlossen haben, hat die Saarregierung den Belagerungszustand erklärt. Die gedruckte Proklamation war datiert vom 4. August, an welchem Tag der Streik noch gar nicht ausgebrochen war. Das Datum wurde nachträglich auf den 6. August abgeändert, und dies zeigt, daß die Regierung schon früher mit dem Streik gerechnet hat. Eisenbahn und Post stellten mit dem Schlage 12 Uhr in der Nacht zum Freitag ihren Dienst ein und die übrigen Beamten erschienen am Freitagvormittag nicht in ihren Büros. Die Saarregierung versuchte mit Hilfe französischer Gendarmerie und afrikanischer Truppen die Beamten aus ihren Wohnungen zu holen und mit Gewalt zum Dienst zu führen; einigen wurde sogar gedroht, sie in Ketten abzuführen, aber die meisten von diesen hatten damit gerechnet und waren zu Hause nicht anzutreffen. So war die Lage bis zum Freitagabend. Zu Ruhestörungen kam es nicht, um dem Militär keinen Anlaß zum Eingreifen zu geben. Am Sonnabend wurde von der französischen Militärbehörde der verschärfte Belagerungszustand über das ganze Saargebiet verhängt. In der Proklamation wird für die Beherbergung von streikenden und gesuchten Beamten Todesstrafe angedroht. Inzwischen hatte man gegen eine Reihe von Personen Haussuchungen und Verhaftungen angeordnet, besonders gegen Angehörige der deutschen Presse. So wurde die Verhaftung des Verlegers und der Redakteure der Saarbrücker Zeitung angeordnet. Eine starke Truppenabteilung erschien in Automobilen, umstellte das Druckereigebäude und brachte ein Maschinengewehr in Stellung. Anwesende Personen und der Verleger wurden abgeführt. Das gleiche ereignete sich bei der Saarbrücker Landeszeitung und selbst bei der sozialdemokratischen Volksstimme. Außerdem wurden in den Privatwohnungen der Redakteure Haussuchungen vorgenommen. Die Bevölkerung ist über die Maßnahmen der Regierung und des französischen Militärs empört, verhält sich aber dennoch musterhaft ruhig, um keinen Anlaß zum Eingreifen des Militärs zu geben. Dem Beamtenstreik haben sich im Laufe des Sonnabends auch die Beamten der französischen Saargrubenverwaltung angeschlossen und alle Arbeiterorganisationen haben ihnen ihre Sympathien ausgesprochen. Die Möglichkeit einer weiteren Ausbreitung des Streiks und seiner Entwicklung zum Generalstreik ist durchaus nicht ausgeschlossen. Die französische Verwaltung versucht den Eisenbahnverkehr auf der für sie besonders wichtigen Linie nach Mainz und Wiesbaden durch die Verwendung französischer Pioniertruppen aufrecht zu erhalten, was jedoch nur in beschränktem Maße möglich ist. Die Schnellzüge Frankfurt—Mainz—Paris, die bisher durch die Pfalz und das Saargebiet liefen, werden jetzt über Koblenz—Trier geleitet. Am Sonnabend hat die Militärverwaltung eine Anzahl von Lastautomobilen von Privatpersonen beschlagnahmt, um ihre Transporte damit durchzuführen. Das Führerpersonal wurde zwangsweise in Kasernen untergebracht. Der Post-, Telephon- und Telegraphenverkehr stockt vollständig, so daß Nachrichten weder aus noch in das Saargebiet gelangen können. Innerhalb des Saargebiets hat sich eine Art Wagen- und Autoverkehr nach den Grenzen entwickelt, da von dort aus jederzeit weitere Beförderungsmöglichkeit besteht.

Tirpitz über Kontinentalpolitik.

Die Grenzboten veröffentlichen einen Artikel von Großadmiral Tirpitz: Ueber unsere außenpolitische Neuorientierung. Die Arbeit ist schon in der Times vom 2., 3. und 4. August in wörtlicher Uebersetzung erschienen. Sie besteht im wesentlichen aus einem Brief, den Tirpitz, wie er sagt, an einen geschäftserfahrenen Hamburger Herrn gerichtet hat. Nach der Times handelt es sich um den vor kurzem verstorbenen Bankier Bendixen. In dem Artikel heißt es u. a.:

England hat seit der Königin Elisabeth nur Handels- und Wirtschaftskriege geführt, ob es die spanischen Silbergaleeren, der holländische Traffic oder die französischen Kolonien waren. Die wirtschaftliche